

8. Wissenschaftliche theoretische Überlegungen und Folgerungen

Im Folgenden werden die empirischen Ergebnisse bezogen auf den Wissenschaftsdiskurs diskutiert. Im ersten Schritt wird dazu der Begriff *Politics of Self-Production* in die Forschung eingeführt, im zweiten Schritt werden zentrale wissenschaftliche und theoretische Überlegungen vorgenommen. Konkret geht es darum, die arbeitssoziologische Diskussion zur Subjektivierung von Arbeit mit einer politikwissenschaftlichen Perspektive zu verknüpfen. Dazu wird einerseits Bezug genommen auf die eingangs unter Punkt 2 dargelegten Subjektivierungsformen aus der Arbeitssoziologie. Andererseits werden die Subjektivierungsformen auf die politikwissenschaftliche Forschung bezogen. Die formulierten Fragestellungen aus Kapitel 6 bilden dazu den Ausgangspunkt, die sich in Bezug auf die empirischen Ergebnisse operationalisieren lassen. Die Fragen sind hier nochmals genannt:

- Welche Bedeutung haben die empirischen Ergebnisse für die subjektorientierte Arbeitsforschung und die Gesellschaft? Was bedeuten sie sowohl für den Diskurs um die Entgrenzung und Subjektivierung von Arbeit als auch für den Arbeitsbegriff?
- Welche Bedeutung haben die Ergebnisse für die subjektorientierte Politikforschung? Was bedeuten sie für den Begriff des Politischen und die Gesellschaft?
- Welche Folgen und Konsequenzen hat eine mögliche Verzahnung des Politischen mit dem Unternehmerischen? Ist das Soziale und/oder Ökologische dadurch vermehrt ökonomischen Verwertungsinteressen ausgesetzt? Oder wird das Unternehmerische politisch(er), sozialer und/oder ökologischer, letztlich gerechter?

8.1 Politics of Self-Production: Einführung eines neuen Politikbegriffs an der Schnittstelle von Arbeitssoziologie und Politikwissenschaft

An dieser Stelle wird der Begriff *Politics of Self-Production* in die Forschung eingeführt. Denn ein Begriff, der Arbeitshandeln als politisches Handeln beschreibt, fehlt. Mir ist bewusst, dass ein Begriff, der Arbeitshandeln zu politischem Handeln erklärt und eine

Schnittstelle von Arbeitssoziologie und Politikwissenschaft bildet, bei einem Teil der Forschung auf wenig Gegenliebe stoßen wird – wird das Politische doch oft in Anlehnung an Arendts emphatisches Politikverständnis als etwas begriffen, das frei von Zweckrationalem und dem Ökonomischem zu sein hat. In einer Gesellschaft, so das Argument, in der das Ökonomische dominiert, gerät politisches Handeln schnell zur ökonomisierten Fremdsteuerung und Lenkung. Gleichwohl, und das zielt auf die eingangs eingeführte *normative* Subjektivierung nach Baethge (1991) ab, ist Arbeit heute nicht nur reiner Broterwerb. Sie ist Ausdruck von Selbstbestimmung und nicht zuletzt, zumindest zeigen das die Ergebnisse dieser Studie, von gesellschaftspolitischen Vorstellungen. Dieser Entwicklung soll der Begriff *Politics of Self-Production* Rechnung tragen.

Worauf zielt der Begriff ab? Der Begriff lehnt sich einerseits an den Subjektivierungsdiskurs der Arbeitssoziologie und die Subpolitik bei Beck an (Beck 1986, 1993). Er erweitert andererseits die von Michael Burawoy (1985) getroffene Unterscheidung von *Politics in Production* (betriebliche Arbeitspolitik) und *Politics of Production* (staatlich regulierte Arbeitspolitik) – und ergänzt den politischen Konsumenten/die politische Konsumentin um den des politischen Produzenten/die politische Produzentin. Zum einen kann der Begriff somit als Komplementär zum „politischen Konsum“ verstanden werden, der in dieser Studie in Anlehnung an Aßländer u. a. als „eine auf ethischen oder politischen Überlegungen basierende Wahl zwischen Produkten und Herstellern mit dem Ziel“ definiert worden ist (vgl. Kapitel 2), um „Unternehmenspolitik oder institutionelle Strukturen zu verändern“ (Micheletti 2003: 4; Stolle et al. 2003: 154; Aßländer 2011: 69).¹ Zum anderen schließt er, wie dargelegt, an Becks Begriff der Subpolitik an und ergänzt ihn um politisches Arbeitshandeln: *Politics of Self-Production* ist eine auf gesellschaftliche Strukturen bezogene Arbeitsform. Der Begriff steht für neue Formen der Mikropolitik.² *Politics of Self-Production* bricht mit einem eng gefassten Politikbegriff, der das Politische als übergeordnetes Ganzes funktionalisiert und an die Systemebene bindet – *Politics of Self-Production* ist „minimale Politik“ (Marchart 2010: 289ff.), wobei die Akteure auf das gesellschaftliche Ganze reflektieren, im nächsten Schritt Themenfelder aber in ihre Einzelteile zerlegen: Auf der einen Seite wird das Politische darüber von seinen ideologischen Verfestigungen entkernt. Auf der anderen Seite werden gesellschaftspolitische Positionierungen in Arbeitskontexte hineingetragen – in den Vordergrund rückt die pragmatische Lösungskompetenz.

Politics of Self-Production ist damit keine politische Ideologie oder ideologisch geleitetes Handeln. Es ist eine entideologisierte Praxis zur gesellschaftlichen Veränderung, die an der Lebenswelt der Subjekte orientiert ist, und das heißt: Politische Forderungen werden meist nicht an die Politik adressiert, politische Fragestellungen werden in eigens

1 Politischer Konsum zielt auf zwei grundlegende Dimensionen ab: auf den „boycott“ und den „buy-cott“ von Produkten – erstere Form meint eine explizite Verweigerungshaltung, zweite die bewusste Kauf von nachhaltigen Produkten, um nicht-nachhaltige zu ersetzen (vgl. van Deth/Zorell 2020: 395). Analog dazu kann *Politics of Self-Production* als das bewusste Herstellen ökologischer und/oder fair-sozialer Produkte verstanden werden, um nachhaltige Standards zu setzen. Das heißt, der Begriff zielt auf keinen „boycott“ von Produkten ab (vgl. Stolle/Hooghe 2004; Hoffmann 2008; van Deth/Zorell 2020: 395) – das würde bedeuten, die Arbeit niederzuliegen.

2 Zum Begriff der Mikropolitik siehe Punkt 3.4 und Fußnote 30 auf Seite 42.

organisierten Produktionsfeldern bearbeitet, ausgehandelt, neu verhandelt. In den Prozessen verkörpert sich das, was Danny Michelsen und Franz Walter als neuzeitliches Problem ausmachen: Das einstige „Könnens-Bewusstseins“ (Meier 1983: 41), das ab dem 5. Jahrhundert zunächst ein politisches Bewusstsein geschaffen hat, und worüber sich die Subjekte „selbst“ politisiert haben (vgl. ebd.), führt heute durch einen „Kontingenzüberschuss“ (Michelsen/Walter 2013: 10) dazu, dass sich Akteure für politisch-institutionelle Sachverhalte nicht befähigt fühlen – und sich darum Nebengleise zur politischen Artikulation suchen. Und in dieser Studie ist das das Feld der Arbeit.

Das lässt sich als Entpolitisierung verstehen, weil Arbeit an Dominanz gewinnt und die einstige „Bindekraft kollektiver Identitäten“ schwindet (ebd.: 276). Zugleich wird das Politische neu konturiert: *Politics of Self-Production* ist kein subversives Dagegen als distinktive Praxis. Es ist ein produktives Dafür, weil Ökologiefragen zur gesellschaftlichen Notwendigkeit werden. Damit ist das Handeln sowohl Ausdruck „Alltäglicher Lebensführung“, indem „das konkrete tägliche Handeln der Subjekte“ darauf abzielt, „verschiedene Lebensbereiche, Aufgaben und Inhalte sinnvoll zu arrangieren“ (Voss/Warsewa 2005: 19). Genauso ist es Abbild „reflexive[r] Arbeitsgestaltung“, da die „bewusste und strategische Herstellung eines subjektiv sinnvollen Arbeitszusammenhangs“ (ebd.: 24) in den Vordergrund tritt – und die in Teilen wiederum politisch wird. *Politics of Self-Production* ist damit keine „Politisierung von Lebensstilen“ (Baringhorst 2015: 18), die sich in den Nebenschauplätzen der Arbeit vollzieht. Es ist Gesellschaftsgestaltung über Arbeit, die politisches Engagement in Teilen substituiert.

Damit schließt der Begriff an die *Subpolitik* Becks (1993) und die *Life-Politics* bei Giddens (1991) an, vereint aber beides: In den Produktionsformen verkörpern sich neue politische Selbstbilder und gestiegene gesellschaftliche Anspruchshaltungen. Die Subjektivierung von Arbeit reduziert sich damit auf keine Selbstermächtigung. Sie bedeutet, zumindest auch, dass sich die Subjekte selbst subjektivieren (müssen), weil Expertenwissen dauerhaft arrangiert wird und an gesellschaftliche Gegebenheiten angepasst werden muss.

Das schließt an den Subjektivierungsdiskurs von Arbeit an, der einleitend vorangestellt wurde, und bezogen auf die eingangs unterschiedenen Subjektivierungsformen³ lässt sich abschließend von einer *doppelten reklamierenden Subjektivierung von Arbeit* sprechen: Einerseits werden Gesellschaftsansprüche von den Subjekten in Arbeitsprozessen *reklamiert*. Andererseits *reklamiert* die Gesellschaft Ansprüche an ökologische und fair-soziale Produktionsstandards, denen die Arbeitssubjekte nachkommen – und auch nachkommen wollen. Darauf bezogen lassen sich die im letzten Kapitel angeführten Begriffe *Proto-Politics* und *Subpolitik* genauer systematisieren – und in Beziehung zur *Life-Politics* Giddens setzen. So steht der Begriff *Proto-Politics*, wie dargelegt (vgl. Kapitel 6.1.6),

3 Die Subjektivierungsformen können in *kompensatorisch*, *ideologisch*, *strukturierend* und *normativ* unterschieden werden (siehe Kapitel 2.3). Demnach zielt die hier genannte *reklamierende* Subjektivierung auf die *normative* Subjektivierung nach Baethge (1991) ab, wonach Subjekte Sinnstrukturen in Arbeitsprozessen einfordern. Sie schließt aber auch an die *ideologische* Subjektivierung an, weil die Subjekte Strukturvorgaben (bewusst wie unbewusst) vollziehen, die gesellschaftlich determiniert sind (vgl. Kleemann et al. 2003: 90f.). Denn die Forderungen, die in Teilen politisch sind, sind zugleich Anspruchshaltungen der Gesellschaft (zum Beispiel durch die Forderung nach ökologisch fair-sozialen Produkten), die von den Arbeitssubjekten reproduziert werden.

für dasjenige Handeln, das an den Staat adressiert ist – *Proto-Politics* kann zustimmungsbasiert sein, in dem Fall würde man von *protopolitischem Handeln erster Ordnung* sprechen (Handeln über Parteimitgliedschaften oder sonstige politisch-institutionelle Unterstützungsleistungen). Die Politik kann aber genauso in Frage gestellt oder abgelehnt werden. In diesem Fall würde es sich um *protopolitisches Handeln zweiter Ordnung* handeln. Bei *Proto-Politics* geht es immer darum, „die Zustimmung eines bzw. einer Zweiten zu erlangen“, um „seinen „bzw. ihren Willen (auch) gegen das Widerstreben eines bzw. Dritten durchzusetzen“ (Hitzler 2001: 46). Davon wurde, wie im letzten Kapitel aufgezeigt, das *subpolitische Handeln* nach Beck unterschieden (Beck 1986, 1993), das sich auf alle gesellschaftlichen Lebensbereiche beziehen kann: Subpolitik kann *protopolitisch* sein, wenn die Handlung die Infragestellung oder Ablehnung der Politik nach sich zieht, sie ist aber nie reine *Proto-Politics*. Wie angeführt, hat Beck weder dargelegt, ob subpolitisches Handeln auf die Durchsetzung kollektiv bindender Entscheidungen abzielen kann oder muss, noch hat er den Arbeitsbegriff ausreichend systematisiert. In diese Lücke stößt der Begriff *Politics of Self-Production: Politics of Self-Production* kann *protopolitisch* sein, das Handeln bleibt aber immer auf den Arbeitskontext bezogen. Damit lässt sich der Begriff wiederum auf Giddens *Life-Politics* beziehen, die an die *Subpolitik* Becks anschließt, die aber mehr für die Zunahme von gesellschaftlichen Verantwortungsimperativen steht: *Life-Politics* bedeutet, dass das gesamte Leben zur politischen Selbstaufgabe wird (vgl. Giddens 1991: 214; 1997: 132). Die *Life-Politics* zielt auf Lebensstilentscheidungen im Sinne einer eigenen Identitätspolitik ab, der Begriff *Politics of Self-Production* bewegt sich dagegen in einem Dazwischen: Er repräsentiert die gestiegenen politischen Selbstansprüche der Arbeitssubjekte. Er steht für erhöhte Anspruchshaltungen der Gesellschaft an ökologische und fair-soziale Produktionsstandards – und stellt heraus, dass beides in einem konstitutiven Wechselverhältnis steht.

8.2 Erste theoretische Überlegungen in Anlehnung an das Datenmaterial

Welche Bedeutung haben die Ergebnisse für den arbeitssoziologischen und politikwissenschaftlichen Diskurs? Dazu werden im Folgenden erste theoretische Überlegungen in Anlehnung an das Datenmaterial angestellt. Vorwegnehmen lässt sich, dass die Akteure eine ganz spezifische Form der Vermittlung ihrer Interessen praktizieren. Der Anspruch, über Arbeit gesellschaftlichen Einfluss zu haben, verkörpert sich im Bestreben nach *Autonomie*, im Prinzip *Einzigartigkeit* sowie über das Voranstellen *pragmatischer Lösungen*. Das, was man als Ideal in Arbeitsprozessen verkörpert, gerät dazu in deutlichen Widerspruch zur institutionellen Politik, was der folgende Abschnitt zeigen wird.

8.2.1 Habituelle Übertragungen des Arbeitsethos auf die Politik: Anspruch an Autonomie, das Prinzip Einzigartigkeit und Selbsterstellen als Pragmatismus

Ergebnis dieser Studie ist, dass sich Handlungsziele im Arbeitskontext auf gesellschaftspolitische Vorstellungen übertragen und umgekehrt, dass ein Teil der Akteure gesellschaftspolitische Ziele in Arbeitsprozessen verfolgt. Daraus folgt jedoch nicht, dass sich